

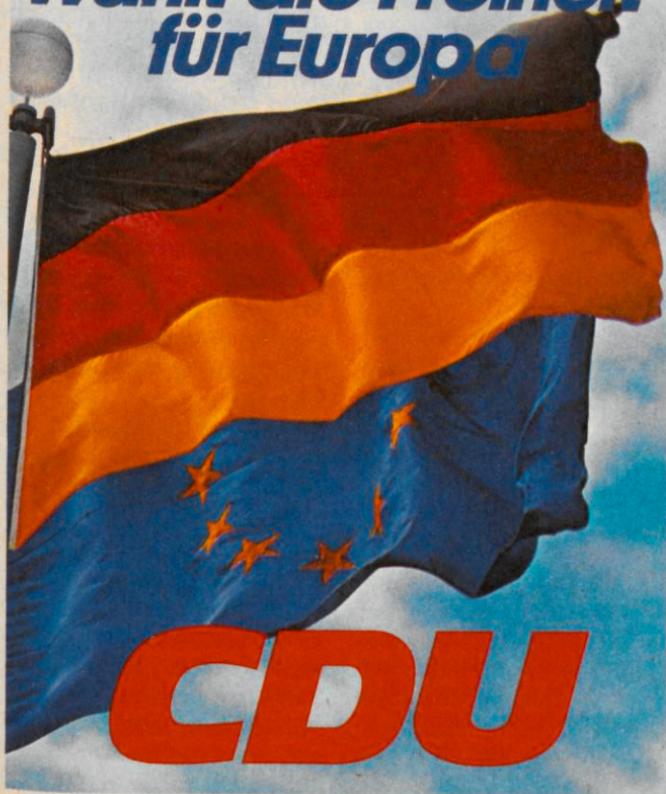
Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

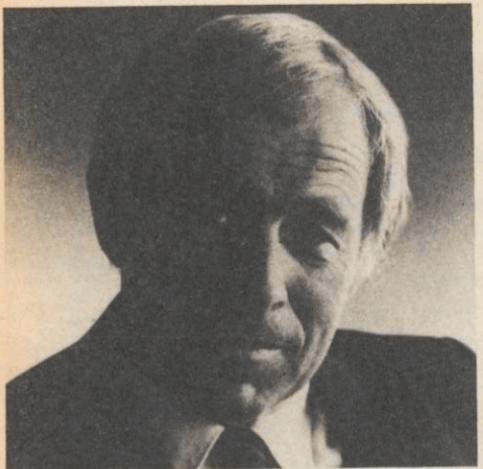
19
84

Union in Deutschland

Bonn, den 6. Juni 1984

17. Juni:
Wählt die Freiheit
für Europa





Liebe Parteifreunde!

Am 17. Juni wählen die Bürger der Bundesrepublik Deutschland zum zweiten Mal direkt ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament.

Diesem UiD entnehmen Sie, daß wir für den Endspurt im Europawahlkampf gut gerüstet sind.

Unsere Ziele für Europa sind klar:

★ Wir wollen die politische Union Europas. Nur ein starkes und einiges Europa hat politisches Gewicht in der Welt.

★ Christliche Demokraten haben Europa geschaffen. Unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa. Deshalb wollen wir mehr Rechte für das Europäische Parlament als Motor der europäischen Einigung.

★ Wir wollen offene Grenzen und freie Fahrt in Europa. Deutschland und Frankreich machen den Anfang. Die Grenzkontrollen und Autobahngebühren müssen überall in der Gemeinschaft abgeschafft werden.

★ Mehr europäische technologische Zusammenarbeit sichert unsere Spitzen-

stellung auf dem Weltmarkt und schafft neue Arbeitsplätze.

★ Wir brauchen eine europäische Umweltpolitik. Meere, Flüsse und Luft gehören allen Europäern. In der Umweltpolitik geht die Regierung Helmut Kohl in Europa voran. Z. B. bei der Einführung bleifreien Benzins zum 1. 1. 1986. Doch unsere Umweltpolitik allein macht nur einen halben Sinn, wenn die anderen Europäer nicht mitziehen.

Für die klaren Positionen, für unser Sachprogramm steht Bundeskanzler Helmut Kohl als überzeugter Europäer. Wenn alle europäischen Regierungen so reden und so handeln würden wie er, wären wir mit Europa weiter.

Wenn wir Europa politisch gestalten wollen, müssen die Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament stark sein. Denn bei dieser Wahl geht es nicht nur um die Mandate im Europäischen Parlament, sondern auch um die Frage, ob Europas wirtschaftliche und soziale Zukunft gesichert bleibt. Wir dürfen Europa nicht Ideologen und Reißbrettstrategen überlassen, die mit Konzeptionslosigkeit, Technikfeindlichkeit und Nullwachstumsparolen Arbeitsplätze und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden.

Die Antwort auf die politischen Auseinandersetzungen um unsere wirtschaftliche Zukunft muß eine klare Abstimmung mit dem Stimmzettel bei der Europawahl sein.

In den 50er Jahren haben die Christlichen Demokraten die europäische Einigung gegen die Sozialdemokraten durchgesetzt. Auch heute haben die Sozialdemokraten mit Europa nicht viel im Sinn. Sie mißbrauchen die Europawahl zur innenpolitischen Stimmungsmache gegen die Regierung Helmut Kohl. Das zeigt: Sie haben zu Europa nichts zu sagen.

Unsere
Frische

Diese Europawahl findet am 17. Juni, dem Tag der Deutschen Einheit, statt. Das hat einen engen politischen Zusammenhang mit der Europawahl. Wir wollen die Einheit Deutschlands erreichen mit der Einheit Europas. Wir stehen in Europa vor gewaltigen Aufgaben. Und wir können diese trotz zahlreicher Schwierigkeiten dann besser bewältigen, wenn eine starke CDU dem europäischen Parlament ein stärkeres Gewicht verleiht.

50 000 kamen zu den Europa-Festivals

Die CDU geht mit Zuversicht in die letzten Tage des Wahlkampfs. Umfragen zeigen, daß die CDU mit ihrer Europa-Politik auf dem richtigen Weg ist und weit vorn liegt. Denn die deutsche Bevölkerung ist im Grunde positiv zu Europa eingestellt. Das haben nicht zuletzt die Europa-Festivals gezeigt, zu denen mehr als 50 000 Besucher gekommen sind, erklärte der Bundesgeschäftsführer der CDU, Peter Radunski.

Die CDU kann schon jetzt für sich in Anspruch nehmen, die einzige Partei zu sein, die Europa zum Kernpunkt ihrer Wahlaus sage macht. Nicht nur in der optischen Präsentation der Plakate mit der Abbildung der deutschen und der europäischen Flagge, der Fernsehspots, der Anzeigen und der Wahlkampfzeitung

wird das deutlich, sondern auch in der inhaltlichen Argumentation:

Die CDU ist die deutsche Europa-Partei.

Seit Beginn des Wahlkampfes hat die CDU die Bedeutung dieser Europawahl für die Zukunft aller Deutschen hervorgehoben. Zugleich hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß wir nur dann auf dem Weg zur europäischen Einigung vorankommen, wenn das Haus der Bundesrepublik gut bestellt ist:

■ Die Verlässlichkeit der Bundesrepublik im westlichen Bündnis zur Sicherung von Frieden und Freiheit.

■ Die weitere Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs nach Jahren des Niedergangs durch die Unfähigkeit der SPD-Regierung.

■ Deshalb sagt die CDU in der letzten Phase des Wahlkampfes:

Aufschwung sichern
Europa stärken

Ausstellung zeigt Widerstand gegen Hitler

Aus Anlaß des 40. Jahrestages des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 zeigt die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Ausstellung über „Verfolgung und Widerstand 1933–1945 Christlich Demokraten gegen Hitler“.

Die von Bundeskanzler Helmut Kohl im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eröffnete Ausstellung erinnert an Männer und Frauen, die als christliche Demokraten Gegner des Nationalsozialismus waren. Auf 85 Tafeln mit über 300 Exponaten werden an Einzelschicksalen die Willkürmaßnahmen des Regimes und die verschiedenen Formen des Widerstandes veranschaulicht.

■ WIRTSCHAFT

Auch auf dem Arbeitsmarkt geht es aufwärts

Der Wirtschaftsaufschwung hat sich im ersten Vierteljahr 1984 fortgesetzt. Das Bruttonsozialprodukt – der umfassendste Maßstab der gesamtwirtschaftlichen Aktivität – ist im ersten Quartal 1984 im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent gestiegen.

Dies hat mittlerweile auch zu spürbaren Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt geführt:

- Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten drei Monaten um 400 000 zurückgegangen; allein im Mai waren es 120 000 weniger.
- Die Zahl der Kurzarbeiter hat im Vergleich zum April um 100 000 und im Vergleich zum Vorjahr um 250 000 oder 40 Prozent abgenommen.
- Daß der Wirtschaftsaufschwung Arbeitsplätze schafft, belegt die Entwicklung der offenen Stellen. Sie haben sich im Mai im Vergleich zum Vorjahr um 10 000 auf 96 600 erhöht.
- Besonders erfreulich ist der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen hat allein im Mai um 16 400 abgenommen. Die Jugendarbeitslosenquote liegt mit 6,3 Prozent deutlich unter der Gesamtarbeitslosenquote (8,6 Prozent).

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nach wie vor günstig. Sie sprechen für eine Fortsetzung der konjunkturellen Expansion, wenn der Arbeitskampf nicht länger andauert und die

Tarifabschlüsse sich in gesamtwirtschaftlich vertretbarem Rahmen halten. So hat sich die Ertragslage der Unternehmen und damit eine wichtige Voraussetzung für eine verstärkte Investitionstätigkeit bis zuletzt weiter verbessert.

Der Preisanstieg ist nach wie vor gering. Nach einer Inflationsrate von 3 Prozent im April stiegen im Mai die Preise nur noch um 2,8 Prozent.

Die Nachfrage nach Industrieprodukten zeigt eine weiter aufwärtsgerichtete Tendenz. Im ersten Quartal 1984 nahmen die Bestellungen aus dem Inland real um 3 Prozent zu. Im Investitionsgütergewerbe stiegen die Aufträge um 6,5 Prozent, worin sich deutlich die gestiegene Investitionsbereitschaft der Wirtschaft wiederspiegelt. Insgesamt lagen die Auftragseingänge im ersten Quartal real um 8,5 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Auslandsnachfrage liegt sogar um 14,5 Prozent höher als vor einem Jahr.

Auch der Anstieg der Industrieproduktion hat sich im ersten Vierteljahr 1984 fortgesetzt. Insgesamt nahm die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Prozent zu. Als Folge der weiteren Produktionsausweitung stieg die Kapazitätsauslastung an. Nach dem Ifo-Konjunkturtest erreichte sie im ersten Quartal etwas mehr als 81 Prozent der betriebsüblichen Vollauslastung. Sie lag damit um rund 8,5 Prozent über dem Tiefstand der letzten Rezession.

Auch der Außenhandel zeigt eine weiterhin aufwärtsgerichtete Tendenz. Im ersten Quartal 1984 überstiegen die Einfuhren den entsprechenden Vorjahresstand um 16 Prozent und die Ausfuhren um 13,5 Prozent.

Der Wirtschaftsaufschwung muß weitergehen, auch im Interesse der Arbeitslosen.

■ STREIK

HEINER GEISSLER:

Arbeitskampf rasch beenden

Im derzeitigen Arbeitskampf droht eine politische Eskalation, die von niemandem gewollt sein kann, nicht von den Gewerkschaften, nicht von den Arbeitgebern, geschweige denn von der Bundesregierung und der sie tragenden CDU. Tarifauseinandersetzungen, auch Streik, das sage ich mit aller Deutlichkeit, gehören für mich zur Tarifpolitik in einem freien Gemeinwesen, erklärte Generalsekretär und Bundesminister Heiner Geißler in einem Beitrag der in Mainz erscheinenden „Allgemeinen Zeitung“.

Die Gewerkschaften verstehen bisher ihren Auftrag, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und durchzusetzen, um sozialpolitische Fortschritte für die Arbeitnehmer zu realisieren. Hier gibt es unbestreitbar große Erfolge vorzuweisen. Darüber hinaus bildet die Idee der parteipolitisch neutralen Einheitsgewerkschaft eine Grundlage für den sozialen Frieden. In der heutigen Situation stellt sich nun allerdings unausweichlich die Frage, ob dieses wirtschafts- und gesellschaftspolitische Kapital einfach verspielt werden darf. Die faktische Politik der Parteinahme der IG-Metall und der IG Druck und Papier für die parteipolitischen Positionen der SPD gefährdet nämlich nicht nur den wirtschaftlichen

Aufschwung und den sozialen Frieden, sondern auch die Idee der Einheitsgewerkschaft.

Teile der IG-Metall und der IG Druck und Papier und ihre Funktionäre verstehen sich nicht mehr nur als Tarifpartei in den laufenden Tarifverhandlungen. Vielmehr schicken sie sich mit ihrer gegenwärtigen Taktik an, die Rolle einer politischen Opposition zu übernehmen. Sie lassen sich von der SPD in ihren parteipolitischen Dienst stellen; umgekehrt hat die IG-Metall erreicht, daß sich die SPD offiziell als Streikpartei darstellt.

Für Franz Steinkühler ist der augenblickliche Arbeitskampf „ein Kampf um die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse“, den die SPD vorbehaltlos unterstützt, der IG-Druck-Vorsitzende Erwin Ferlemann macht den Zeitungsstreik zum Instrument der Preszensur, und zwar unter lautem Beifall des SPD-Parteitages in Essen. Dies ist für mich eine unheilige politische Allianz, die nicht nur arbeitnehmerfeindlich, sondern auf lange Sicht auch gewerkschaftsschädigend ist. Denn was im Augenblick wie Stärke aussieht, ist in Wirklichkeit Schwäche; die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer stützt diesen Streik nämlich nicht.

Die Bundesregierung hat nicht Partei für einen Tarifpartner ergriffen, auch wenn dies von der SPD und anderen behauptet wird, sondern sie hat zur Sache Stellung bezogen, nämlich zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Es gibt einen unverwechselbaren Unterschied zwischen dem allgemein politischen Mandat der Regierung und des Parlaments und dem partikularen Mandat der Gewerkschaften. Für die CDU als Volks-

partei ist nicht eine Gewerkschaft, sondern die SPD der politische Gegner. Daran ändern auch noch so lautstarke Gewerkschaftskommentare nichts. Doch nach dem Selbstverständnis der CDU war es die Aufgabe der dem Gemeinwohl verpflichteten Bundesregierung, auf die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Forderung nach der 35-Stunden-Woche und des Streiks hinzuweisen, vor allem für die kleinen und mittelständischen Betriebe. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß IG-Metall und Großindustrie sich immer rasch auf Kosten des Mittelstandes einigten. Was für BMW möglich ist, nämlich 36 Stunden Wochearbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, kann für kleine und mittlere Betriebe den Ruin bedeuten. Deshalb durfte die Regierung nicht schweigen.

Den von einigen Gewerkschaften beschrittenen Weg in die Parteipolitik halte ich – wird dieser beibehalten – langfristig für eine verhängnisvolle Entwicklung. Wenn Teile der Gewerkschaften den Versuch unternehmen, gegen die große Volkspartei CDU zu arbeiten, treiben sie über die Hälfte der Arbeitnehmer, die nämlich nicht die SPD sondern die CDU wählen, in einen Gewissenskonflikt und aus der Gewerkschaft heraus und machen eine Mitarbeit fast unmöglich. Die CDU ist auch in Zukunft zu einem offenen, kritischen und konstruktiven Dialog bereit.

Ich fordere die Gewerkschaften auf, diesen unnötigen und unzeitgemäßen Streik, der den wirtschaftlichen Aufschwung zerstört, die Arbeitsplätze gefährdet, rasch zu beenden. Es gibt realisierbare Kompromisse, wie z. B. mehr Urlaub oder die Vorruhestandsregelung, die ja auch von anderen Gewerkschaften als die bessere Lösung angesehen werden.

NORBERT BLÜM:

Mit Klassenkampf schaffen wir keine Arbeitsplätze

In der CDU-Fernsehsendung zur Europa-Wahl am Montagabend (4.6.84) im Programm der ARD sagte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Am 17. Juni ist Europawahl. Worum geht es? Wir wollen ein Europa, in dem die Arbeitnehmer sich zu Hause fühlen und Arbeit haben. Europa braucht die Arbeitnehmer. Aber die Arbeitnehmer brauchen auch Europa.

Die Hälfte unseres Exportes geht in die Europäische Gemeinschaft. Jeder 6. Arbeitsplatz ist von Europa abhängig. Schon das zeigt, wie wichtig Handel und Wandel in einem einzigen Europa sind: wichtig für Europa, wichtig für die Arbeitnehmer, lebenswichtig für die Vollbeschäftigung.

Und unsere wichtigste Aufgabe ist Arbeit für alle, für jung und alt, für Frauen und Männer, für alle. Niemand soll vor der Tür stehen und arbeitslos bleiben. Mit Klassenkampf jedoch schaffen wir keine Arbeitsplätze, und wir brauchen jetzt Arbeitsplätze und nicht Arbeitskampf. Wir haben in unserem Land Trümmer und Schutt der Nachkriegszeit nicht mit Streik und Aussperrung weggeräumt, sondern mit Arbeit, vor allem mit Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Gemeinsamkeit, Partnerschaft, das war das Erfolgsgeheimnis, und Partnerschaft soll uns auch in die Zukunft leiten. Es geht bei der Europawahl auch darum, den Aufschwung fortzusetzen und ihn nicht durch Arbeitskämpfe zu ruinieren.

KOMMUNEN

Der Bund will den Gemeinden ein verlässlicher Partner sein

Der Bundesminister des Innern hat jetzt die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Regierungsfraktionen zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise im Bundestag zugeleitet. Die Bundesregierung nimmt damit zu insgesamt 47 kommunalbedeutsamen Einzelfragen Stellung, die sich auf die Sachgebiete

- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung
- kommunale Finanzen,
- Raumordnung, Bauwesen und Städtebau,
- Soziales/Gesundheit,
- Umweltschutz,
- Verkehr und
- Ausländersituation

verteilen. Gerade im Hinblick auf die gleichzeitig mit der Europawahl am 17. Juni 1984 in Rheinland-Pfalz und im Saarland stattfindenden Kommunalwahl ist dies von großer Bedeutung.

Aus der Antwort wird der hohe Stellenwert ersichtlich, den die Bundesregierung der kommunalen Selbstverwaltung für unseren demokratischen Staatsaufbau beimüht. Länder und Gemeinden sollen wieder mehr zu ihrem Recht kommen und Aufgaben selbst wahrnehmen, die sie wirksamer als der Bund erfüllen können. Insbesondere will die Bundesregierung in diesem Zusam-

menhang den Städten, Gemeinden und Kreisen Handlungsspielräume zurückgeben, die in der Vergangenheit durch ausufernde Rechtsetzung mit perfektionistischen Detailregelungen verlorengegangen sind.

Die Bundesregierung sieht als ersten Schritt auf diesem Wege die inzwischen beschlossenen Maßnahmen zur Entbürokratisierung, Rechts- und Verwaltungsvereinfachung an, die insbesondere im Baurecht zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung beitragen werden.

Soweit die Kommunalfinanzen betroffen sind, bekennt sich die Bundesregierung ausdrücklich zu ihrer Mitverantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen. Besondere Hervorhebung verdienen ihre Zusagen:

1. Grundsätzlich keine neuen kostenwirksamen Gesetze mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen zu Lasten der Kommunen zu beschließen.
2. Bei Steuerrechtsänderungen überproportionale Ausfälle der Länder und Gemeinden auszugleichen, sofern die Finanzausstattung von Bund, Ländern und Gemeinden dies begründet.
3. Weitere Eingriffe in die Gewerbesteuer stehen in dieser Legislaturperiode nicht zur Diskussion und kommen auch später ohne ein Konzept für die Neuordnung des Gemeindefinanzsystems, dem die Betroffenen zustimmen können, nicht in Betracht.

Die Antwort macht in diesem Zusammenhang anhand umfangreicher Zahlenbei-

spiele die insgesamt positive Entwicklung der kommunalen Haushalte im letzten Jahr deutlich. Sie ist entscheidend auf die von der Bundesregierung eingeleitete Konsolidierungspolitik zurückzuführen. Hinzu kam – bedingt durch den konsequent marktwirtschaftlichen Kurs der Bundesregierung – eine spürbare Belebung der Wirtschaft, die bereits zu höheren Steuereinnahmen beigetragen hat. Die Antwort würdigt dabei auch die beachtlichen eigenen Anstrengungen der kommunalen Gebietskörperschaften zur Gesundung ihrer Haushalte.

Zum Bauwesen kündigt die Bundesregierung für das Jahr 1985 einen noch in dieser Legislaturperiode zu verabschiedenden Gesetzentwurf an, der die rechtlichen Grundlagen des Städtebaus in einem einheitlichen, übersichtlichen und für den Bürger verständlichen Baugesetzbuch zusammenfassen soll. Ziel ist daher, die bestehende Regelungsdichte abzubauen sowie die bau- und planungsrechtlichen Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Privaten und öffentlichen Investoren soll das Bauen erleichtert werden.

Im Sozialwesen hält die Bundesregierung an der grundsätzlichen Aufgabenstellung der Sozialhilfe als Hilfe zur Selbsthilfe fest. Dem Empfänger der Hilfe muß die Führung eines Lebens ermöglicht werden, das der Würde des Menschen entspricht. Die Leistungen müssen deshalb mehr als das bloße Existenzminimum sicherstellen.

Die Bundesregierung verkennt jedoch nicht die zunehmenden Belastungen der Kommunen auf diesem Gebiet und wird deren Vorschläge zur Kostenbegrenzung eingehend überprüfen. Insbesondere muß der starke Anstieg der Ausgaben gebremst werden, welche die Gemeinden aus Mitteln der Sozialhilfe für

die stationäre Pflege aufbringen. Hierfür hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit als ersten Schritt zur Förderung und Unterstützung häuslicher Pflege mit einem Modellprogramm „Ambulante Dienste für Pflegebedürftige“ begonnen. Die Bundesregierung hofft daraus Erfahrungen zu gewinnen, wie durch verstärkten Ausbau von Sozialstationen eine Heimunterbringung vermieden werden kann.

Die Antwort würdigt auch die erheblichen Anstrengungen der Städte und Gemeinden für den Umweltschutz und erläutert die Maßnahmen, mit denen der Bund ihnen dabei hilft. Insbesondere wird dabei auf die Förderung technologisch fortschrittlicher Verfahren zur Abwasser- und Abfallentsorgung hingewiesen. Zum Verkehr stellt die Antwort klar, daß der Bund auch in Zukunft auf der Grundlage des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes seinen angemessenen Beitrag für den öffentlichen Personennahverkehr und die kommunalen Straßen leisten wird.

Hinsichtlich der Ausländersituation ist aus der Antwort die Vielzahl der Hilfesichtlich, mit denen der Bund die Integration der bei uns lebenden Ausländer fördert. Mit der türkischen Seite wurde Einvernehmen erzielt, daß bei der Anwendung des Assoziierungsabkommens zwischen der Türkei und der EG und des Zusatzprotokolls abträgliche Auswirkungen zu vermeiden sind. Die Maßnahmen gegen einen Mißbrauch des Asylrechts schließlich haben sich als wirksam erwiesen.

Insgesamt macht die Antwort auf die Große Anfrage deutlich, daß die Bundesregierung alles tut, um für Städte, Gemeinden und Kreise ein verlässlicher Partner zu sein, stellt der Parlamentarische Staatssekretär Horst Waffenschmidt fest.

■ INFORMATION

Das rotgrüne Bündnis in Hessen ist verhängnisvoll

Die hessische SPD hat auf einem Sonderparteitag am Wochenende entschieden: erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sollen Verfassungsgegner Einfluß auf Regierungshandeln erhalten. Dies ist eine verhängnisvolle Entwicklung. Die Börner-SPD eröffnet einer politischen Gruppierung maßgeblichen Einfluß auf Regierungshandeln, die Rechtsbruch und Gewalt als Mittel der Politik befürwortet und deren Verhältnis zum parlamentarisch-demokratischen System gestört ist. Mit dieser Politik öffnet die Börner-SPD grünen Verfassungsgegnern die Infiltration in den Regierungsapparat. Es ist ein überdeutliches Zeichen für den inneren Zustand der nur noch am eigenen Macht-erhalt orientierten hessischen SPD, daß die mit persönlichen Konsequenzen verbundenen Warnungen von Wirtschafts- und Finanzminister Reitz nichts anderes mehr haben auslösen können als nur noch „Solidarität im Opportunismus“. Der Börner-SPD fehlt die innere Kraft, zuerst nach der Richtigkeit politischer Inhalte zu fragen und erst dann danach, wie sie realisiert werden können, stellt Oberbürgermeister Walter Wallmann, Vorsitzender der CDU Hessen, fest. (Siehe auch Zitat auf der letzten Seite dieser Ausgabe.)

Hilfen für die Landwirtschaft sind notwendig

Zur aktuellen Diskussion über die vor-sehenen Hilfen für die Landwirtschaft erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finan-zen, Friedrich Voss: Die restriktiven Brüs-

seler Preisbeschlüsse sowie der Abbau des Grenzausgleichs waren nach Auf-fassung der Bundesregierung erforderlich, um ein Zerbrechen der Europäischen Gemeinschaft zu verhindern. Der Land-wirtschaft sind aber die sich daraus er-gebenden Einkommenseinbußen nicht zuzumuten. Sie vermag den drohenden Einkommensrückgang auch nicht zu verkraften. Der Bundesfinanzminister steht daher zu dem von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle vorgelegten Programm zur Verbesserung der Ein-kommenssituation der Landwirtschaft. Die jetzige SPD-Kritik an den Aus-gleichsmaßnahmen steht im Wider-spruch zum eigenen Verhalten. Der von der SPD/FDP-Regierung 1970 durchge-führte aufwertungsbedingte Einkom-mensausgleich für die Landwirtschaft knüpfte ebenfalls an die Verkäufe der Landwirte an und wurde auch über die Umsatzsteuer abgewickelt.

Die Verteilung der Hilfen über die Anhe-bung der Vorsteuerpauschale ist ohne be-sonderen Verwaltungsaufwand mög-lich und begünstigt auf dem Veredelungs-sektor ausschließlich die bäuerliche Produktion. Gewerbliche (Tierhaltungs-) Betriebe sollen von der Ausgleichsrege-lung ausgeschlossen bleiben; landwirt-schaftliche Großbetriebe mit hohen Vieh-beständen sollen nur innerhalb bestim-mter Grenzen gefördert werden. Die Hilfen werden damit nach der Leistungsfähigkeit gewährt. Unerwünschte Verteilungswirkungen werden weitgehend vermieden.

Neuer Appell an alle Kammern: Ausbildungsplätze erforderlich

Im Hinblick auf die bevorstehende Schulentlassung von über 700 000 Ju-gendlichen in diesem Jahr hat der stell-ver-tretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser an alle Verantwortlichen appelliert, die

Lösung des Ausbildungsplatzproblems zu ihrer persönlichen Aufgabe zu machen. In dem Schreiben, das an alle Präsidenten der deutschen Handwerks- und Industrie- und Handelskammern gerichtet ist, heißt es u.a.: „Die bevorstehende Schulentlassung wird uns erneut vor die Aufgabe stellen, genügend Ausbildungsplätze anzubieten. Es wird erwartet, daß weit über 700 000 Jugendliche in diesem Jahr einen Arbeitsplatz benötigen. Entscheidend für den Gesamterfolg bei der Überwindung der durch diese große Zahl entstehenden Lehrstellenknappheit ist es, daß möglichst viele Organisationen und Einzelpersönlichkeiten dabei helfen, neue Ausbildungsstellen zu erschließen. Es sollte die vordringliche persönliche Aufgabe aller in diesem Bereich Verantwortlichen sein, allen jungen Menschen am Beginn ihrer beruflichen Laufbahn behilflich zu sein.“

Grenzkontrollen an der deutsch-französischen Grenze sollen entfallen

Der Europaabgeordnete Karl von Wogau (EVP/CDU) erklärt zur beabsichtigten Abschaffung der Grenzkontrollen für Touristen an der deutsch-französischen Grenze: Für die Vereinigung Europas wird hier ein Schritt von nicht zu unterschätzender Bedeutung unternommen. Die Entscheidung der Regierungschefs entspricht im übrigen einer Forderung des Europäischen Parlaments.

Erinnern Sie sich?

Von den zehn Spitzenkandidaten der SPD 1979 warfen 30 Prozent vorzeitig das Handtuch. Eugen Loderer und Karl Hauenschild hielten ihr Engagement für Europa nur wenige Monate aufrecht, Spitzenkandidat Willy Brandt ließ sich kurz nach der Halbzeit auswechseln.

Anpassung der BAföG-Sätze zum Herbst 1984 beschlossen

Die Erhöhung der Freibeträge, Bedarfssätze und Sozialpauschalen nach dem BAföG kann zum Herbst 1984 in Kraft treten. Der Bundesrat hat der von der Bundesregierung vorgeschlagenen und vom Bundestag beschlossenen Anpassung der Freibeträge zugestimmt.

Mit der Verabschiedung des 8. BAföG-Änderungsgesetzes wird gesichert, daß der reale Wert der Förderungsleistungen erhalten bleibt. Die Auszubildenden und ihre Eltern können künftig wieder auf die Kontinuität der Ausbildungsförderung vertrauen, weil das BAföG in seinem jetzigen Zuschnitt auf Dauer solide finanziert ist. Mit der Anpassung wird die Ausbildungsförderung als ein wichtiges Element des Familienlastenausgleichs gesichert. Sie entlastet vor allem Familien mit niedrigen Einkommen.

Die Freibeträge und Bedarfssätze werden ab Herbst 1984 um durchschnittlich 4 v.H. angehoben. Damit wird bei den Freibeträgen vom Elterneinkommen – unter Einbeziehung der Zwischenanpassung um rund 3,5 v. H. im Herbst 1983 – ein voller Ausgleich für den Preisanstieg seit der letzten Anpassung im Frühjahr 1982 erreicht. Zur Verfestigung der Förderungsleistungen ist bei den Freibeträgen erneut eine Zwischenanpassung (plus 2 v. H. im Herbst 1985) vorgesehen. Der Freibetrag für das Elternpaar wird von derzeit 1 450 DM auf 1 510 DM im Herbst 1984 und auf 1 540 DM im Herbst 1985 angehoben. Der Bedarfssatz für auswärts untergebrachte Gymnasiasten und Berufsfachschüler wird von 490 auf 510 DM angehoben, für auswärts untergebrachte Studenten von derzeit 660 DM auf 690 DM steigen. Ein auswärts untergebrachter Student wird einschließlich Krankenversicherung je nach Höhe seiner Mietkosten bis zu 788 DM erhalten.

■ VERKEHRSSICHERHEIT

Neue Impulse sind nötig, um den Unfalltod auf unseren Straßen zu stoppen

Die Bundesregierung hat am 16. Mai 1984 dem von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger vorgelegten Entwurf eines Verkehrssicherheitsprogramms 1984 zugestimmt. Sie ist damit zugleich der Aufforderung des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 1982 nachgekommen, ein umfassendes Verkehrssicherheitskonzept zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag zuzuleiten.

Nach den Worten Dollingers bedeuten über 11 700 Getötete, fast eine halbe Million Verletzte im vergangenen Jahr und volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von 38 Mrd. DM einen aus der Sicht der Bundesregierung nicht hinnehmbaren Zustand auf unseren Straßen. Sorge bereiteten auch die in letzter Zeit wieder leicht steigenden Unfallzahlen.

Das Verkehrssicherheitsprogramm 1984 enthält den Appell der Bundesregierung an jeden einzelnen Verkehrsteilnehmer, sich umsichtiger, gelassener und rücksichtsvoller im Verkehr zu bewegen. Es fordert Länder und Gemeinden, Verbände und Wirtschaft, Betriebe und Vereine auf, sich noch stärker für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit einzusetzen und ihre Aktivitäten im Deutschen Verkehrssicherheitsrat abzustimmen. Auch ein stärkeres finanzielles Engagement sei nötig, weil Verkehrssicherheitsarbeit nicht nur eine Angelegenheit des Staates sein könne.

Die Bundesregierung setzt dabei nicht so sehr auf mehr Gebote und Verbote, sondern will dazu beitragen, die Eigen- und Mitverantwortlichkeit des Verkehrsteilnehmers für sein Leben und seine Gesundheit sowie für seinen Nächsten zu stärken. Sie räumt daher Verkehrsberziehungs- und Verkehrsaufklärungsmaßnahmen den Vorrang ein. Das vorgelegte Konzept aufeinander abgestimmter Maßnahmen soll langfristig eine erhebliche Veränderung in der Einstellung und im Verhalten der Verkehrsteilnehmer bringen.

Dennoch werden zusätzliche Ordnungsmaßnahmen für unverzichtbar gehalten. Aus der Unfallentwicklung der vergangenen Jahre ergibt sich, daß junge Pkw-Fahrer und junge motorisierte Zweiradfahrer besonders häufig an Verkehrsunfällen beteiligt sind. In den jeweiligen Einstiegsaltersgruppen zeigt sich eine überdurchschnittliche Gefährdung für den Anfänger. Aus diesem Grunde liegt ein Schwerpunkt der im Verkehrssicherheitsprogramm 1984 enthaltenen Maßnahmen auf der Fahrschul-, Fahrlehrer- und Mofafahrausbildung sowie des Fahrerlaubnisrechts. Mit der Einführung eines Führerscheins auf Probe und einer Stufung innerhalb der Führerscheinklasse 1 für Motorräder soll erreicht werden, daß Anfängern ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen über die sichere Handhabung des Fahrzeugs und die Gefahren des Straßenverkehrs mit auf den Weg gegeben und daß sie besonders nachdrücklich zu Rücksicht-

nahme, Umsicht und zu erhöhter Eigen- und Mitverantwortung angehalten werden.

Die Bundesregierung erhofft sich davon eine Eindämmung der Risikofreude und eine gelassener Einstellung zum Verkehr.

Damit der Verkehrsteilnehmer dabei nicht auf sich selbst gestellt ist, soll eine Vielzahl von Hilfen und Anreizen sein Hineinwachsen in den Verkehr erleichtern und bei Fehlverhalten seine Lernbereitschaft verbessern. Ehe er endgültig in den Verkehr entlassen wird, soll er die Möglichkeit der Bewährung haben.

Das Verkehrssicherheitsprogramm 1984 kündigt darüber hinaus eine Ergänzung der Straßenverkehrsordnung mit Regelungen über

- mehr Schutz für Radfahrer
- Verpflichtung für Motorradfahrer, auch am Tage mit Abblendlicht zu fahren
- Ausdehnung der Schutzhelmfpflicht auf die Mofafahrer an.

Die Bereitschaft, mit einem Modellversuch bei der Überprüfung von Verkehrszeichen auf ihre Notwendigkeit zu helfen, ist in dem Programm ebenso enthalten wie die Zielsetzung, bei schweren Lastkraftwagen und Reiseomnibussen zur Einführung automatischer Blockierverhinderer zu kommen, auf den Einbau von Anzeigeeinrichtungen in Personenkraftwagen zu dringen, die optisch und akustisch an das Anlegen der Sicherheitsgurte erinnern, sowie die Drucktastenschlösser von Sicherheitsgurten zu vereinheitlichen.

Bei den Bundesautobahnen und Bundesstraßen steht nach den Worten Dollingers im Vordergrund:

- die Ermittlung von örtlichen Unfallschwerpunkten und ihre Beseitigung
- der Bau von Ortsumgehungen

- der Bau von Radwegen an Bundesstraßen
- die Verkehrsbeeinflussung mit Wechselverkehrszeichen, Wechselwegweisern und speziellen Warnanlagen vor Stau und Nebel an kritischen Stellen der Bundesautobahnen.

Auch eine Verbesserung in der Notfallrettung und eine Intensivierung der Verkehrsunfallforschung wird für möglich und angezeigt gehalten. Das Programm enthält darüber hinaus eine Analyse der Unfallsituation, der Verkehrssicherheitsmaßnahmen der Vergangenheit und eine Übersicht der Zielgruppenprogramme des Deutschen Verkehrssicherheitsrates.

Bundesverkehrsminister Dollinger bezeichnete die Straßenverkehrssicherheitsarbeit als eine Aufgabe, an der alle gesellschaftlichen Kräfte freiwillig und gemeinsam mitwirken müßten. Alle am Straßenverkehr und Verkehrssicherheit beteiligten Institutionen, Verbände und Unternehmen müßten sich noch mehr als bisher zu einer gemeinsamen, koordinierten Aktion gegen Verletzung und Unfalltod im Rahmen des Deutschen Verkehrssicherheitsrates vereinen. Die Arbeit des Staates könne nur Anstoß sein und werde erfolglos bleiben, wenn nicht Verbände, Organisationen und Bürger auf örtlicher und regionaler Ebene sich ihrer Verpflichtung zur Verkehrssicherheitsarbeit bewußter würden. Nicht mehr Staat, sondern mehr Eigenverantwortung sei gefragt.

Dollinger wies darauf hin, daß es seit 1970 gelungen sei, die absolute Zahl der Verkehrstoten um über 40 Prozent zu senken. Dies mache deutlich, daß Erfolge möglich seien. Aber die Verkehrssicherheitsarbeit brauche neue Impulse; zusätzliche Maßnahmen seien nötig, um dem Unfalltod auf unseren Straßen Einhalt zu gebieten.

■ VERKEHR

Die Bahn hat Zukunft

Der Bundesfachausschuß Verkehrspolitik hat in einer gemeinsamen Sitzung mit den verkehrs-politischen Sprechern der CDU-Landtagsfraktionen über das Sanierungskonzept der Deutschen Bundesbahn beraten. Dabei wurden folgende Thesen beschlossen:

1. Die Sanierung der DB ist unerlässlich, wenn die Existenz und Investitionsfähigkeit dieses Unternehmens gesichert werden soll.
2. Die Deutsche Bundesbahn braucht eine zukunftsgerichtete Perspektive und daher ein klares Bekenntnis zu den Neu- und Ausbaustrecken sowie einer weitreichenden technologischen Innovation. Die Investitionssumme der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 40 Milliarden DM bis 1990 widerlegt die Behauptung einer Kahlschlagsanierung und belegt die Überzeugung, daß eine moderne Bahn Zukunft hat.
3. Das Engagement der Deutschen Bundesbahn und des Bundes für die Verkehrsversorgung in der Fläche bleibt bestehen. Raumordnerische Gesichtspunkte müssen gewahrt werden.
4. Die Art der Bedienung hat nach jeweiliger Prüfung des Einzelfalls zu erfolgen. Auf jeden Fall ist aber ein Verkehrsangebot sicherzustellen.
5. Der Vorstand der DB handelt selbstständig und in eigener unternehmerischer Verantwortung. Politische Korrekturen gegen seine Entscheidungen sind nur in den gesetzlichen Fällen möglich. Der gemeinwirtschaftliche Auftrag ist durch die Deutsche Bundesbahn zu erfüllen. Neue Auf-

gaben dürfen nicht zu Lasten des Wirtschaftsergebnisses der DB erfolgen.

6. Um das Wirtschaftsergebnis der Deutschen Bundesbahn nachhaltig zu verbessern, muß der Vorstand der DB das Rationalisierungspotential voll ausschöpfen, die Angebotsstruktur verbessern und die Gesamtkosten fühlbar senken.
7. Das Wirtschaftsunternehmen DB muß seine Marktchancen durch flexible und attraktive Angebote und Marktstrategien nutzen. Die Deutsche Bundesbahn muß in der Zukunft als ein attraktives, modernes und leistungsfähiges Verkehrsunternehmen eingeschätzt werden.
8. Die Ausschöpfung aller Möglichkeiten des kombinierten Verkehrs Straße/Schiene sowohl im Gütertransport als auch in der Verladung von Individualverkehr ist notwendig.
9. Die europäischen Eisenbahnverkehrsunternehmen müssen ihre Chancen auf den langen Entfernungsmäßen im grenzüberschreitenden Verkehr nutzen. Dazu ist eine intensivere Kooperation der europäischen Eisenbahnverkehrsunternehmen bei Planung, Betrieb und gemeinsamem Marketing notwendig und nicht nur bei der Abstimmung von Fahrplänen.
10. Überzogene Sicherheitsanforderungen im Eisenbahnverkehr sind abzubauen. Die Bahn muß die Bedienung mit vereinfachten Standards fortführen. Die Sicherheit der Bürger wird dabei auch weiterhin gewährleistet. Für die Beförderung von Gütern ist ein geringerer Standard als im Personenverkehr vertretbar.
11. Das Konzessionsrecht ist dahingehend zu überprüfen, daß andere öffentliche und private Träger in die Lage versetzt werden, die Verkehrsbedienung zu übernehmen.
12. Die konsequente Trennungsrechnung muß gewährleisten, die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Betriebsstrukturen der Deutschen Bundesbahn zu überprüfen.

Mit der CDU: Für eine saubere Umwelt in Europa

13 Jahre lang hat die SPD den Umweltschutz vernachlässigt. Statt zu handeln hat sie nur über Umweltschutz geredet. Heute sterben unsere Wälder, zerfallen Kunst- und Bauwerke, kippen unsere Seen und Flüsse um. Dadurch sind unsere natürlichen Lebensgrundlagen in Gefahr.

Deshalb hat der Umweltschutz Vorrang für die CDU. Die Regierung Helmut Kohl hat sofort gehandelt:

★ **Der Ausstoß von Schadstoffen aus Kraftwerken und Industrieanlagen wird drastisch eingeschränkt, d.h. jährlich 1 Million Tonnen weniger Schwefeldioxyd.**

★ **Die Anleitung zur Reinhaltung der Luft wurde verbessert – zum Schutz der menschlichen Gesundheit, von Tieren und Pflanzen.**

★ **Ab 1.1.1986 wird bleifreies Benzin eingeführt, d.h. jährlich 3.500 Tonnen weniger Blei in der Luft. Durch den Einbau von Katalysatoren verringern**

Zitat: Bundeskanzler Helmut Kohl am 9. Mai 1984: „Wer der Umwelt Schaden zufügt, wird am Ende selber Opfer seines Tuns.“

wir die Schadstoffe in den Autoabgasen um 90 Prozent.

Nur so werden unsere Wälder wieder gesund, Luft und Wasser wieder sauber.

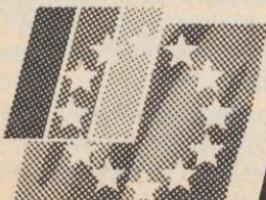
So erhalten wir auch unseren Kindern eine lebenswerte Umwelt.

Beim Umweltschutz sind wir heute Vorreiter in Europa – aber im nationalen Alleingang schaffen wir es nicht. Luft und Wasser machen nicht an Grenzen halt. Umweltschutz in Deutschland ist auch Umweltschutz für Europa. Aber: Unsere Umwelt in Deutschland kann nur dann wirksam geschützt werden, wenn alle europäischen Länder mitmachen. In wenigen Monaten werden die Industriestaaten aus Ost und West an der Umweltkonferenz der Bundesregierung in München teilnehmen.

Umweltschutz ist eine Aufgabe für alle Europäer.

Stimmen Sie am 17. Juni für mehr europäische Gemeinsamkeit, für mehr europäischen Umweltschutz. Stimmen Sie für die CDU.

CDU



**Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.**

Deutschland und Frankreich machen den Anfang:

Offene Grenzen - freie Fahrt!

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterand haben beschlossen: In wenigen Wochen werden die Personenkontrollen zwischen Deutschland und Frankreich abgeschafft. Das heißt: freie Fahrt zwischen Deutschland und Frankreich.

Das ist der Anfang für offene Grenzen in Europa.
Jetzt müssen auch die anderen Europäer mitmachen.
Wir fordern freie Fahrt überall in Europa.
Ohne Schlagbäume. Ohne Autobahngebühren.

Europa muß zusammenwachsen.
Stimmen Sie für offene Grenzen.
Wählen Sie CDU.

CDU

Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Gefährlicher Test

Beinahe eindreiviertel Jahre lang wird nun schon das Bundesland Hessen von einer Regierung geführt, die über keine verlässliche Mehrheit im Parlament verfügt; infolgedessen ist Ministerpräsident Börner auch kein gewählter, sondern nur ein amtierender Regierungschef. Dies ist angesichts der seit 35 Jahren gewohnten, vom Ausland vielfach bewunderten inneren Stabilität deutscher Regierungen in Bund und Ländern eine außergewöhnliche Sache. Zwei Landtagswahlen binnen eines Jahres, im September 1982 und 1983, hatten keine klaren Mehrheitsverhältnisse gebracht.

Jetzt will Börner, einst als ehemaliger Betonfacharbeiter einer der „rechten“ Flügelmänner der SPD, sein politisches Schicksal von den Grünen abhängig machen. Damit beginnt in einem der industriellen Kernländer der Bundesrepublik ein abenteuerlicher Probelauf für die sprichwörtliche linke Mehrheit diesseits der Union, die Willy Brandt am Abend nach der letzten

Hessen-Wahl beschworen hatte. Wie der Amtsverzicht des hessischen Finanz- und Wirtschaftsministers Reitz, des wichtigsten SPD-Mannes nach Börner in Wiesbaden, plastisch zeigt, kann es ein gefährlicher Test werden – nicht zuletzt mit Rückwirkungen auf andere Länder und auch den Bund.

Für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Rau kam das breite „Ja“ der hessischen SPD, das in den niederrheinischen SPD-Berzirksparteitag in Duisburg hineinplatzte, höchst ungelegen. Fast unwirsch reagierte Rau: „Ich will kein rotgrünes Bündnis an Rhein und Ruhr, ich will die absolute Mehrheit.“ Was aber wird geschehen, wenn bei der NRW-Landtagswahl im Mai 1985 nicht mehr nur zwei Fraktionen, wie vor fünf Jahren, in den Landtag einziehen, was die klare Mehrheitsbildung förderte, sondern drei (SPD, CDU und FDP bzw. Grüne) oder gar vier? Dann wird Rau seine absolute Mehrheit verlieren und sich zwecks Machterhalts genauso wie sein Freund Börner in Wiesbaden an die Grünen klammern.

Rheinische Post, 4. 6. 84

Union in Deutschland – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.